

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Bendix, Reinhard
Freiheit und historisches Schicksal

Heidelberger Max-Weber-Vorlesungen 1981

© Suhrkamp Verlag
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 390
978-3-518-27990-8

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 390

Zentrales Thema der Untersuchungen von Reinhard Bendix sind das Phänomen der Herrschaft und das Problem der Legitimation. In den Heidelberger Max Weber-Vorlesungen 1981 hat Bendix die theoretische Perspektive seiner Arbeit dargestellt und einen Überblick über das von ihm behandelte Datenmaterial gegeben. Die erste Vorlesung diskutiert die unterschiedlichen Perspektiven rationalistischer und historistischer Prägung, die sich in vergleichenden Studien der sogenannten Modernisierung niedergeschlagen haben. Die zweite befaßt sich mit dem geistigen Hintergrund des Gesamtwerks von Max Weber und insbesondere denjenigen Tendenzen seines Werks, die die vergleichenden Studien von Reinhard Bendix beeinflußt haben. Die dritte Vorlesung, »Umkämpfte Staaten«, arbeitet die Bedeutung der verschiedenen Abstraktionsebenen heraus, die in vergleichenden historischen Studien benutzt werden. Hauptthemen der weiteren Vorlesungen sind: der Wandel der Manager-Ideologien in der anglo-amerikanischen und der russischen Zivilisation in den letzten zwei Jahrhunderten; die These, daß revolutionäre Krisen eine typische Begleiterscheinung der Anfangsphase der Industrialisierung sind und die Staatsbürgerschaft der unteren Bevölkerungsschichten in der Vergangenheit wie in der Gegenwart ein politisches Hauptproblem der sogenannten Entwicklungsländer darstellt; die Konvergenz von relativer Rückständigkeit und geistiger Mobilisierung, in der Bendix eine Hauptursache für die weltweite Verbreitung und die Dauerhaftigkeit des Nationalismus sieht.

Reinhard Bendix
Freiheit und historisches Schicksal

Heidelberger Max Weber-Vorlesungen 1981

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

2. Auflage 2016

Erste Auflage 1982

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 390

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1982

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Georg Wagner, Nördlingen

Printed in Germany

Umschlag nach Entwürfen von
Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-27990-8

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 8

Rationalismus und Historismus
in den Sozialwissenschaften 9

Objektiver und subjektiver Sinn in der Geschichte 36

Umkämpfte Staaten 57

Industrialisierung, Ideologienbildung
und Gesellschaftsstruktur 83

Die Staatsbürgerschaft der unteren Klassen 103

Relative Rückständigkeit und geistige Mobilisierung 120

Vorwort

Die Universität Heidelberg erwies mir die Ehre, mir als erstem die neugeschaffene Max Weber-Gastprofessur im Sommersemester 1981 zu übertragen. Die folgende Zusammenstellung von Vorträgen ist ein Ergebnis dieses Heidelberger Semesters.

Ich danke Herrn Professor Dr. Wolfgang Schluchter dafür, daß er diese Einladung veranlaßt und mich zu dieser Vortragsreihe angeregt hat. Zugleich danke ich ihm für die Gastfreundschaft, die er meiner Frau und mir während unseres Aufenthalts in Heidelberg gewährte. Darüber hinaus hat er meine Texte, die ich nach langer Zeit wieder in Deutsch schrieb, mit kritischer Bedachtsamkeit und mit Einfühlungsvermögen redigiert.

Die hier gedruckten Texte decken sich nicht völlig mit den Heidelberger Vorträgen. Bei diesen mußte ich mich auf Kurzfassungen beschränken. Die gedruckten Texte enthalten also gegenüber den Vorträgen Ergänzungen und Erweiterungen. Dabei habe ich auch Anregungen berücksichtigt, die bei Diskussionen am Institut für Soziologie der Universität gemacht wurden. Dafür danke ich den Heidelberger Kollegen und Studenten.

Schließlich danke ich meiner Fakultät und der Verwaltung der University of California, Berkeley, dafür, daß ich für ein Semester von Lehrveranstaltungen befreit wurde. Dies hat es mir ermöglicht, die Vorträge in ihre hier vorgelegte Form zu bringen.

Berkeley, California
Oktober 1981

Reinhard Bendix

Einleitung

Eine Gastprofessur im Namen Max Webers ist für jeden, der sie innehat, nicht nur eine große Ehre, sondern auch eine besondere Aufgabe. Einige Details meiner Beziehung zum Werk Max Webers mögen als Einleitung meiner Vorlesungen dienen.

Ich habe Webers Werk erst im Laufe meines amerikanischen Soziologiestudiums an der Universität von Chicago kennengelernt. Dies wurde durch den Einfluß meines deutsch-amerikanischen Lehrers Louis Wirth begünstigt, denn Webers Schriften spielten damals im Soziologiestudium in Chicago eine untergeordnete Rolle. Meine zusammenfassende Darstellung der empirischen Soziologie Webers, die 1964 auf deutsch erschien, hatte vor allem pädagogische Gründe. Bis zu dieser Darstellung hatten amerikanische Studenten, die nicht deutsch lesen konnten, nur zu dem begrifflichen Gerüst Zugang. Das hat sich in der Zwischenzeit durch Übersetzungen zum Teil geändert.

Webersche Gedanken haben sich besonders in meinen drei vergleichenden Studien *Herrschaft und Industriearbeit*, *Nation-Building and Citizenship* sowie *Könige oder Volk* niedergeschlagen. Alle drei Bände befassen sich mit einem Weberschen Thema: mit dem Herrschaftsphänomen und dem Problem der Legitimation. Zugleich arbeite ich in diesen Studien mit den Begriffspaaren Idee und Interesse, Sinndeutung und Sozialstruktur, die im Ansatz des Weberschen Werks eine zentrale Rolle spielen. Ich habe Webers Werk immer als Fundgrube für eigene Forschungen verstanden und glaube, damit seinen eigenen Absichten zu entsprechen. Zugleich nähere ich mich aber dem Alter, in dem ein Rückblick auf den eigenen Weg gestattet sein mag. Daher benutze ich diese Gelegenheit, Ihnen (in meinem dritten und vierten Vortrag) einen Überblick über meine sozialgeschichtlichen Forschungen und die dabei verwendeten Gesichtspunkte vorzutragen. Aber bekanntlich sind solche Gesichtspunkte selbst begründungsbedürftig, und ich wende mich daher im ersten und zweiten Vortrag den theoretischen Kontroversen zu, mit denen ich mich auseinandersetzen mußte. Das hat viel mit der Weber-Rezeption in den Vereinigten Staaten zu tun wie auch mit meinen Bemühungen, mir in den ersten Jahren meiner Emigration eine eigene geistige Position zu erarbeiten.

Rationalismus und Historismus in den Sozialwissenschaften

I.

Versetzen Sie sich bitte in die Lage eines 22jährigen deutsch-jüdischen Emigranten, der 1938 nach Chicago kommt, um dort sein Universitätsstudium aufzunehmen. Ich war zwar ein sehr lesebefflossener junger Mann, hatte durch meinen Vater auch wichtige, insbesondere an Wilhelm Dilthey orientierte Impulse mitbekommen, mußte mich aber zunächst mit den geistigen Richtungen der Soziologie an der Universität von Chicago auseinandersetzen. Davon gab es vor allem zwei. Die eine war stark von Robert Park, einem Schüler Georg Simmels, beeinflusst. Jenseits des Atlantiks war Simmels Soziologie vor allem in die Erforschung von Lebensläufen und von Berufserfahrungen umgeformt worden. Diese Orientierung der zwanziger Jahre trat jedoch Ende der dreißiger Jahre bereits zurück. Nun dominierte eher die zweite Richtung, die sich auf Demographie und Meinungsforschung stützte – mit besonderer Betonung methodischer Probleme. Beide Richtungen behaupteten, wissenschaftlich vorzugehen, aber es gab relativ wenig Übereinstimmung zwischen ihnen. Schlagwortartig gesagt erschien die erste Richtung den Vertretern der zweiten als soziologischer Impressionismus ohne methodische Überzeugungskraft, die zweite Richtung den Vertretern der ersten als lebensfern und von geringer soziologischer Aussagekraft. Natürlich gab es alle möglichen Qualifikationen auf beiden Seiten, aber meine Gegenüberstellung trifft – denke ich – den Kern der Sache.

Diese geistige Atmosphäre hat mich erheblich beeinflusst trotz der antipositivistischen Haltung, die mir durch meinen Vater vermittelt worden war. Eine den Naturwissenschaften nachgebildete Haltung erschien mir einleuchtend, und ich glaube, viele Antipositivisten haben den positivistischen Wissenschaftsglauben nicht stark genug auf sich einwirken lassen. Eine jede Forschung sollte wenigstens diesem positivistischen Schema folgen: was will ich wissen, welches Tatsachenmaterial erscheint mir wichtig, wie läßt es sich zusammentragen, und welche Gründe habe ich zu der

Annahme, daß bestimmte Tatsachen die ursprüngliche Hypothese beweisen oder widerlegen können? Wenn man nicht weiß, wonach man forscht, ist es unwahrscheinlich, daß man überhaupt etwas findet. Wenn man das Beweismaterial nicht spezifiziert, kann man nicht wissen, ob ein Projekt überhaupt durchführbar ist. Meine Offenheit gegenüber einer positivistischen Haltung war aber darüber hinaus auch durch die Zeitverhältnisse beeinflusst. Man bedenke: wir befanden uns im Jahre 1938. Alle meine amerikanischen Lehrer hielten strikt auf die Trennung von Wissenschaft und Parteilichkeit; dies mußte mich besonders beeindrucken, denn ich hatte in den vergangenen Jahren so viel Parteilichkeit erfahren, daß mir die gewissenhafte Bemühung um wissenschaftliche Unparteilichkeit viel bedeutete. Auch die Forderung nach verlässlicher Beweisführung bedeutete viel für jemanden, der aus einem Land kam, in dem eine politische Rassenideologie mit allen Attrappen der Wissenschaftlichkeit ausgestattet wurde.

Aber obwohl der Positivismus mich beeindruckte, überzeugen konnte er mich nicht. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß man keine Antworten geben kann, solange die Fragen unklar bleiben, doch muß man sehr viel wissen, bevor man klare und interessante Fragen stellen kann. Ich wehrte mich gegen die Idee, daß der Erkundungsprozeß, der einer Fragestellung oder Hypothese vorausgeht, nicht zur eigentlichen wissenschaftlichen Forschung gehören sollte. Gerade diejenigen meiner Lehrer, die am Positivismus orientiert waren, neigten dazu, den Bereich wissenschaftlicher Forschung auf die Logik der Beweisführung zu beschränken. Indem sie die ›Logik der Entdeckung‹ vernachlässigten, schienen sie die Ansicht zu stützen, als ob unbewiesene und vor allem unbeweisbare Behauptungen in der Wissenschaft keinen Platz hätten. Diese Ansicht wollte mir nicht einleuchten. Damals machte das Schlagwort die Runde, daß Sozialwissenschaftler immer mehr über immer weniger wußten, und dies nicht ohne Grund. Um diesen Zustand zu überwinden, mußte in meiner Sicht die ›Logik der Beweisführung‹ in ein angemessenes Verhältnis zur ›Logik der Entdeckung‹ gebracht werden. Dadurch wurde mir die Idee der Wissenschaftlichkeit selbst zum Problem. Dies auch deshalb, weil mich zunehmend ein paradoxer Sachverhalt beschäftigte. In den beiden letzten Jahrhunderten scheint nämlich der Glaube an die Wissenschaft mit einem wachsenden Mißtrauen

gegenüber dem Menschen verbunden zu sein. In *Wahrheit und Ideologie* (1945) hat Hans Barth nachgewiesen, daß unser fortschreitendes Wissen vom Menschen zum Teil darin besteht, immer mehr über die menschliche Irrationalität zu wissen. Diese Einsicht legte mir die Vermutung nahe, daß manche Sozialwissenschaftler durch Betonung ihrer Wissenschaftlichkeit diesem wachsenden Skeptizismus entgegenwirken wollten, so als ob der Glaube an die Wissenschaft die Zweifel an der Rationalität des Menschen in Bann halten könnte. Später ist Wissenschaftsfetischismus (man könnte auch Wissenschaftsmagie sagen) zum Modewort geworden. Aber ich möchte zu bedenken geben, daß es sich nicht um ein Schlagwort, sondern um ein großes soziales Phänomen handelt und in gewissem Sinn um eine Neuentdeckung dieses Phänomens.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war das Hauptaugenmerk der amerikanischen Sozialwissenschaftler auf die amerikanische Gesellschaft gerichtet, und das ist im wesentlichen auch weiterhin der Fall. Aber seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sahen sich die Sozialwissenschaftler mit dem Niedergang der europäischen Weltreiche sowie den wirtschaftlichen und politischen Problemen der Entwicklungsländer konfrontiert. Das hat einen erheblichen Bewußtseinswandel hervorgerufen, besonders unter dem Eindruck der Gegensätze zwischen den reichen und den armen Ländern. In diesem Bewußtseinswandel hat auch der Wissenschaftsglaube eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. All das auf einen Nenner zu bringen ist sicherlich nicht möglich. Und doch will mir scheinen, als hätte der Wissenschaftsglaube bei der geistigen »Bewältigung« des sog. Nord-Süd-Problems eine ähnliche Rolle wie bei der »Bewältigung« der menschlichen Irrationalität gespielt.

Wie die Gefühlswelt des Menschen, so soll auch die Armut der Dritten Welt durch den Glauben an die Wissenschaft unter Kontrolle gebracht werden.

Ein Beispiel dafür ist der »wissenschaftliche« Hintergrund der amerikanischen Entwicklungshilfe. Ihm wende ich mich zunächst zu. Dann will ich die Theorieansätze kurz charakterisieren, die gleichfalls dem Wissenschaftsglauben huldigen: den technokratischen, den ahistorisch-psychologischen und -politologischen und den quasi-marxistischen. Natürlich gibt es zwischen ihnen Überschneidungen. Doch haben alle während der letzten zwanzig

Jahre die vergleichende sozialwissenschaftliche Forschung in den USA entscheidend beeinflusst, und sie alle beschäftigen sich mit den Problemen der Modernisierung der Welt. Ich will diese Ansätze nicht vollständig charakterisieren. Aber meine Beschreibung sollte genügen, um den Hintergrund zu kennzeichnen, von dem sich meine eigenen Arbeiten abheben.

II.

Wir alle wissen, daß in den Jahren 1947-1951 die im Zweiten Weltkrieg verursachten Verwüstungen Europas mit Hilfe des Marshall-Plans relativ schnell behoben werden konnten und daß dadurch ein großer wirtschaftlicher Wachstumsprozeß eingeleitet worden ist. In Amerika führte diese Erfahrung zu der Ansicht, daß Entwicklungshilfe auch in anderen Ländern einen relativ schnellen Aufbau der Wirtschaft zur Folge haben müßte. Bis zum heutigen Tag erscheint Entwicklungshilfe in Amerika in diesem Sinne als eine Art Mission mit säkularen Mitteln, obgleich die frühere Begeisterung mit den Jahren verblaßt ist und die finanziellen Mittel ständig gekürzt wurden. Trotz dieses Glaubens ist aber bei realistischer Betrachtung die Schlußfolgerung unvermeidlich, daß die Entwicklungshilfe in den Ländern der sogenannten Dritten Welt nicht so erfolgreich ist, wie sie in Westeuropa war, selbst dann nicht, wenn man die verschiedenen Zeitspannen und den großen Unterschied in den aufgewandten Mitteln berücksichtigt. Michael Todaro hat dies wie folgt zusammengefaßt:

Der Marshall-Plan hat für Europa funktioniert, weil die europäischen Länder, denen diese Hilfe zuteil wurde, die nötigen strukturellen, institutionellen und subjektiven Vorbedingungen (wie z. B. gut integrierte Geld- und Warenmärkte, hoch entwickelte Transportmittel, gut ausgebildete Arbeitskräfte, das Erfolgsstreben, eine gut arbeitende öffentliche Verwaltung etc.) besaßen, um neues Kapital wirksam in höhere Produktivität umzusetzen . . . In den rückständigen Ländern sind diese Einstellungen und Institutionen in vielen Fällen nicht vorhanden, auch fehlen solche komplementären Faktoren wie Verwaltungskompetenz in Privatunternehmen, Facharbeiter und die Fähigkeit, in genügendem Maße eine große Vielzahl von Entwicklungsprojekten zu planen und zu verwalten.¹

Selbst wenn Entwicklungshilfe zur Verfügung steht, können die armen Länder des 20. Jahrhunderts häufig diese »Einstellungen und Institutionen« nicht oder nicht schnell genug entwickeln.

Bei der Betrachtung des krassen Gegensatzes von reichen und armen Ländern stellen sich immer wieder sehr ungute Gefühle ein, viele Schriften über das Entwicklungsproblem haben diese Gefühle durch wissenschaftsgläubige Gedankenmodelle zu überdecken versucht. Vielfach beruhen solche Modelle auf evolutionstheoretischen Annahmen und auf organologischen Analogien, die auf eine sehr lange geistesgeschichtliche Tradition zurückblicken können. Evolutionstheorien scheinen sich besonders gut für eine illusionäre geistige Bewältigung dieses Gegensatzes zu eignen. Denn sie scheinen ja zu beweisen, daß eine Entwicklung auch der armen Länder letztlich unvermeidlich ist. Dieses Resultat ist um so gewisser, je fester man daran glaubt, daß alle Gesellschaften früher oder später die gleichen Stadien der Entwicklung durchlaufen werden.² In der Zwischenzeit kann man durchaus Hilfsaktionen organisieren, die es den armen Ländern ermöglichen sollen, sich selbst zu helfen. In diesem Zusammenhang haben sich gewisse Systemtheorien als nützlich erwiesen. Die menschliche Gesellschaft ist durch einen hohen Grad von Interdependenz ausgezeichnet. Veränderungen in einem Teil des Systems lösen unvermeidlich Veränderungen in anderen Teilen aus. Diese funktionalen Zusammenhänge werden intern geregelt: einzelne Variablen können sich nur innerhalb bestimmter Grenzen ändern. Schließlich hat ein solches System Grenzen, so daß innen klar von außen zu unterscheiden ist. Wenn man von diesen Annahmen ausgeht, dann sollten Hilfsaktionen es einem rückständigen Lande ermöglichen, eigene wirtschaftliche und politische Institutionen zu entwickeln.

Diese Art der geistigen Bewältigung des Nord-Süd-Problems wird in der Regel durch ein »Vorher-Nachher«-Modell der untersuchten Gesellschaft unterstützt. Die frühere und die spätere Sozialstruktur werden mit Hilfe zweier Gruppen von dichotomen Merkmalen unterschieden, und es fällt schwer, sich der Ansicht zu widersetzen, daß jede dieser Merkmalgruppen ein generalisierbares System interdependenter Variablen bildet. Unter dieser Annahme können Gesellschaften nach dem Grad ihrer Angleichung an die eine oder andere Merkmalgruppe eingestuft werden. Dieses Vorgehen führt zu einer Rangordnung

der Länder nach dem Grad ihrer relativen Modernisierung. Dabei kommt es dann mehr oder weniger bewußt zu einer Art technokratischer Sozialtheorie.

III.

Ein Beispiel dafür ist Daniel Lernalers bekannte Arbeit *The Passing of Traditional Society* (1958; zweite Auflage 1964). Der Vorteil dieser Arbeit ist, wenn man so will, die offenkundige Benutzung der westlichen Modernisierung als Modell mit weltweiter Anwendungsfähigkeit. Für Marx war England – das zu seiner Zeit industriell am weitesten fortgeschrittene Land – paradigmatisch für die universelle »Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung«; für Lerner weist die westliche Modernisierung »bestimmte Komponenten und Konsequenzen globaler Relevanz« auf.³ Er erkennt, daß sich der nordatlantische Raum zuerst und nur allmählich entwickelte, wogegen die nachfolgenden Länder versuchten, diese Entwicklung für sich beschleunigt nachzuvollziehen. Aber für Lerner (wie vor ihm für Marx) ist dies ein sekundärer Gesichtspunkt. Seine zentrale Behauptung ist, daß im Prozeß der Modernisierung vier Sektoren oder Dimensionen *systematisch* miteinander in Beziehung stehen: Urbanisierung, Bildung, Beteiligung an den Kommunikationsmitteln und politische Mitwirkung.⁴ Lerner glaubt, daß der enge Zusammenhang zwischen diesen vier Faktoren auf eine systematische Kohärenz hinweist, die er den *teilnehmenden Lebensstil* nennt. Gleichzeitig aber versichert er, daß traditionelle Gesellschaften unterschiedliche Wachstumsformen aufweisen; einmal liegt der Schwerpunkt auf der Urbanisierung, ein anderes Mal auf der Bildung oder der politischen Beteiligung. Solche Abweichungen werden darauf zurückgeführt, daß »die Menschen nicht das tun, was sie bei rationalem Verhalten tun sollten« – eine angesichts von Lernalers Prämissen merkwürdig anmutende Feststellung, die ihn eigentlich hätte dazu veranlassen müssen, seinen Behaviorismus und sein wissenschaftliches Modell zu überdenken.

Lerner zieht es aber offenbar vor, nicht zu beachten, was er selbst ganz klar erkennt, nämlich daß sein Modell der Realität in den rückständigen Ländern nicht gerecht wird. Ich zitiere Ries-

man, der einen einleitenden Kommentar zu einer Neuauflage des Buches geschrieben hat:

Der allgemeine Glaube, es müsse einen Weg geben – einen Ausweg aus dem Elend und der seelischen Einengung der ›Traditionellen‹ –, verbindet den Verfasser dieses Bandes mit seiner eigenen nationalen Tradition. – Aber dieser typisch amerikanische Glaube, es gebe einen Weg, ist ein Traum. Und Professor Lerner, als Forscher auf dem Gebiet der Kommunikation, erkennt, daß es Träume sind, die nicht nur neue Bedürfnisse, sondern auch neue Lösungen inspirieren – genau so, wie hitzige Gebärden in Richtung auf die Moderne. Was sein Ausblick zu fordern scheint, ist eine allopathische Rationierung von Träumen, genug, um als Funke für den heiligen Grundsatz des Fortschritts zu wirken, ohne jedoch zum Aufruhr anzustacheln.⁵

Riesman seinerseits fügt hinzu (schließlich ist auch er Amerikaner), daß »die emotionelle und politische Sprachfertigkeit von gerade erst befreiten Analphabeten geradezu erschreckend sein kann«.

Nun sollen diese Bemerkungen natürlich weder den Entwicklungsgedanken noch die Beschäftigung mit dem tragischen Gegensatz zwischen reichen und armen Leuten ironisieren. Die brennende Frage bleibt, wie dieser Gegensatz überwunden werden kann. Aber das Rüstzeug, mit dem amerikanische Sozialwissenschaftler an diese Probleme herangegangen sind, ist offenbar der Aufgabe nicht gewachsen, wobei ich gleich hinzufügen muß, daß auch ich Ihnen keine Lösung anbieten kann. Ich muß mich zunächst darauf beschränken, einige andere Gesichtspunkte anzuführen, die zwar über das evolutionstheoretische Modell hinausgehen, aber gleichfalls dem Wissenschaftsglauben verhaftet bleiben. Doch ihre ungelöste Problematik führt zumindest von einem einseitigen Rationalismus weg und ebnet einer historisch vergleichenden Betrachtungsweise den Weg.

Zwar wurde früh erkannt, daß die Industrialisierung westlicher Länder ein fragwürdiges Modell für vergleichende Untersuchungen der Modernisierung darstellt, doch es fällt schwer, von diesem geschichtlichen Präzedenzfall loszukommen. Schließlich läßt es sich kaum vermeiden, an westliche Länder zu denken, wenn wir von Industriegesellschaft sprechen, zumal »Nachzügler« wie Japan und Rußland selbst die westlichen Länder als Vorbilder benutzt haben. Aus diesen Gründen schien es vielversprechend, als Clark Kerr und seine Mitarbeiter in ihrem Buch

Industrialism and Industrial Man (1960) eine »Logik des Industrialismus« konstruierten, eine Abstraktion also, die von der Annahme ausgeht, alle Gesellschaften im Übergang würden letztlich durch eine völlig industrialisierte Gesellschaft abgelöst.

Die Autoren betonen zwar, daß die dabei behaupteten Tendenzen, die im Prinzip deduktiv gewonnen sind (wenn auch unter illustrierender Bezugnahme auf die Erfahrung »entwickelter« Gesellschaften), schwerlich im tatsächlichen Ablauf der Geschichte voll wiedergefunden werden können. Doch im gesamten Werk tauchen immer wieder Sätze auf, die eine Verwirrung zwischen diesen beiden Ebenen der Analyse verraten. Auf ein und derselben Seite werden Tendenzen abwechselnd logisch konstruiert und inhärent genannt⁶, der Betonung des Unterschiedes zwischen Abstraktion und Geschichte folgt die Behauptung, »das Reich des Industrialismus werde die ganze Welt umfassen«; die Industrialisierung wird als »zwangsläufiger Prozeß« bezeichnet, während die Unwägbarkeiten der zukünftigen Entwicklung als Variationen in Länge und Schwierigkeit der Übergangsphase interpretiert oder den verschiedenen Typen vergangener Industrialisierungsprozesse angerechnet werden.⁷ Das fesselndste Merkmal dieser deterministischen Zukunftsbetrachtung ist vielleicht, daß der »Industrialismus« der ganzen Welt nicht wie bei Marx auf Grund der Organisation der Produktion vorausgesagt wird, sondern auf Grund der auslösenden und beeinflussenden Aktionen fünf verschiedener Eliten, deren Fähigkeit, ganze Gesellschaften zu »industrialisieren«, einfach angenommen wird. Ausnahmen, Verzögerungen und was auch immer sonst werden als Abweichungen betrachtet, »die die Umwandlung auf die Dauer nicht verhindern können«.⁸ Weder die Möglichkeit eines Fehlschlags noch die eines bisher nicht dagewesenen Typs der Industrialisierung wird ernsthaft in Betracht gezogen. Selten ist sozialer Wandel als derart manipulierbar abgehandelt worden, wobei alle Zufälligkeiten des Ablaufs als rein historische Abweichungen betrachtet werden, die an der »Logik des Industrialismus« nichts ändern können. Obwohl die Erkenntnis, daß es verschiedene Wege zur Industrialisierung gibt, eine entschiedene Verbesserung gegenüber Lernalinien Evolutionismus bedeutet, geben die Autoren diesen Vorteil preis, wenn sie ein System des Industrialismus für alle Gesellschaften beinahe in der gleichen Weise voraussagen wie Marx für die sozialistische

Gesellschaft der Zukunft das Ende der Klassenkämpfe und der Geschichte. Nur haben sie in diesem Fall Marx' Theorie des Klassenkampfes durch eine Typologie industrialisierender Eliten ersetzt.

IV.

Zwei weitere Versuche sollen hier erwähnt werden, die als geistige Auseinandersetzungen mit dem Nord-Süd-Problem zu bezeichnen sind und gleichfalls Spuren des eingangs erwähnten Wissenschaftsglaubens aufweisen. Da es mir um Erklärungstypen und nicht um Einzelheiten der betreffenden Forschung geht, kann ich summarisch verfahren. Der eine Erklärungstyp ist sozialpsychologisch orientiert, bezieht sich also auf die psychologischen Voraussetzungen oder Begleiterscheinungen der sogenannten Modernisierung. Der andere Versuch ist politologischer Art und bezieht sich auf einen Komplex von Institutionen und Verhaltensweisen, der als Zivilkultur (*civic culture*) bezeichnet worden ist. Der sozialpsychologische Ansatz ist bewußt ahistorisch. Der politologische hat die gleiche ahistorische Tendenz, ist aber mit den Jahren darin unsicher geworden und schwankt, wohl ohne es zu beabsichtigen, zwischen rationalistischen und historistischen Tendenzen hin und her.

Wenn man sozialpsychologisch verfährt, stößt man leicht auf die Gegenüberstellung von Tradition und Moderne, fällt also auf Tönnies' Unterscheidungen zurück. Es leuchtet durchaus ein, daß bestimmte Verhaltensmuster und Einstellungen mit einem bestimmten Sozialtyp kovariieren. Bei Anwendung der modernen Meinungsforschungsmethoden kann man dann vergleichende Fallstudien in verschiedenen Ländern durchführen, um solche Kovariationen zu bestimmen und die Frage zu beantworten, wie groß der Grad der Annäherung der gefundenen Persönlichkeitstypen an den der Moderne entsprechenden Persönlichkeitstyp ist. Eine solche Untersuchung haben Inkeles und Smith unternommen. Sie wollen

1. den gemeinen Mann, nicht die Elite, zum Gegenstand der Forschung machen, um bei der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung dem personellen gegenüber dem institutionellen Aspekt zu seinem Recht zu verhelfen;

2. der Überbetonung der ersten sechs Lebensjahre in der Analyse der Persönlichkeit entgegenwirken;

3. die Einwirkung der Existenzbedingungen auf den Erwachsenen genauer erfassen, wobei der Arbeitsorganisation, der Fabrik, unabhängig von politischen und kulturellen Umständen ein entscheidender Einfluß zugesprochen wird.

Schließlich wollen sie 4. mit ihrer Studie *Becoming Modern* zeigen, daß die Theorie, Modernisierung sei mit hohen psychischen Belastungen verbunden, nicht haltbar ist.⁹

So interessant diese Studie ist, sie führt zu der Frage, ob die durch Zwecksetzungen und Forschungsmethodik ausgeschlossenen Tatbestände wirklich als für die Modernisierung unerheblich gelten dürfen. Wenn man den Einfluß der Eliten, der kulturellen und der politischen Zusammenhänge auf die wirtschaftliche Entwicklung bewußt unbeachtet läßt, dann kann man ihre historische Bedeutung natürlich nicht abschätzen, unabhängig davon, ob von der Fabrik ein gleichbleibender Einfluß auf »persönliche Modernisierung« ausgeht oder nicht.

Der politologische Erklärungstyp wurde vor 20 Jahren mit dem Band *The Politics of the Developing Areas* (1960) begründet, dem im Laufe der Jahre weitere Sammelbände gefolgt sind. Der Initiator dieser Serie, Gabriel Almond, heute Emeritus an der Stanford University, hat in der Einleitung zu dem genannten Band besonders das begriffliche Problem vergleichender Studien erörtert. Dabei beschäftigt er sich mit der Anwendbarkeit der üblichen sozialwissenschaftlichen Begriffe auf die Entwicklungsländer, da diese Begriffe im Zusammenhang der westeuropäischen Geschichte formuliert worden sind. Er meinte, daß die Anwendbarkeit dieser Begriffe immer fraglicher würde, je mehr wir uns von den europäischen Zusammenhängen entfernten. Daher kamen sowohl er als auch andere zu der Schlußfolgerung, diese uns bekannten Begriffe überhaupt aufzugeben, um dadurch wirklich alle politischen Phänomene auf *einen* begrifflichen Nenner zu bringen. Der Zweck dieser Übung ist nicht nur die möglichst gründliche Vermeidung jedes kulturellen Vorurteils. Er besteht zugleich in dem nicht minder wichtigen Unternehmen, für alle politischen Phänomene generisch gleicher Art ein einheitliches begriffliches Rüstzeug parat zu haben. Beide Zwecke sind wissenschaftstheoretisch sinnvoll, wie schwierig ihre Verwirklichung auch sein mag.

Der Geist dieses Unternehmens ist aus dem folgenden Zitat zu entnehmen:

Die Suche nach neuen Begriffen spiegelt eine unterschwellige Bewegung wider, die eine neue und widerspruchsfreie Denkweise über die Politik zum Ziel hat, die im Stichwort der behavioristischen Perspektive enthalten ist. Man kann dieses Streben nach einer neuen begrifflichen Einheitlichkeit dadurch kennzeichnen, daß man die neuen mit den alten Termini vergleicht. Anstelle des Staatsbegriffs, der durch rechtliche und institutionelle Bedeutungen begrenzt ist, ziehen wir ›politisches System‹ vor; anstelle von ›Mächten‹, deren Bedeutungen wieder rechtlicher Natur sind, fangen wir an, den Ausdruck ›Funktionen‹ vorzuziehen; anstelle von ›Amt‹ oder ›Ämter‹ (wiederum rechtlich) setzen wir ›Rollen‹; anstelle von Institutionen, die uns auf formelle Normen verweisen, (sagen wir) ›Strukturen‹; anstelle von ›öffentlicher Meinung‹ und ›staatsbürgerlicher Erziehung‹ mit ihren formellen und rationalen Bedeutungen ziehen wir ›politische Kultur‹ und ›politische Sozialisation‹ vor. Wir wollen die Fächer des öffentlichen Rechts und der Philosophie ja nicht abschaffen. Aber wir sagen ihnen einfach, sie sollten etwas zur Seite rücken, um für eine Entwicklung der politischen Theorie Platz zu machen, die längst überfällig geworden ist.¹⁰

Hier ist die Absicht am Werk, die Politik als universales Phänomen zu begreifen, was im Zusammenhang eines wissenschaftlichen Systemdenkens seinen guten Sinn hat. Aber es bedeutet eben zugleich, daß die Unterscheidung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Gesellschaften unter den Tisch fällt oder ganz verlorengeht. Und das geschieht nun gerade zu einer Zeit, in der die Entwicklungsländer mit ihrer Staats- und Regierungsbildung unmittelbar beschäftigt sind, weil sie sich von ihr einen erheblichen Gewinn für die eigene öffentliche Wohlfahrt versprechen.

Dementsprechend kann man bei Gabriel Almond und seinen vielen Mitarbeitern eine starke Ambivalenz zwischen Rationalismus und Historismus beobachten. Als scharfsinnige Analytiker der internationalen Politik wissen sie nur zu gut, daß sich die Politiker der sogenannten Dritten Welt nicht an die Abstraktionen der Wissenschaft halten. Für die Betroffenen ist es schließlich einerlei, ob oder wie Politik mit allgemein anwendbaren Begriffen erfaßt wird. Sie sind vielmehr mit ihren eigenen Interessen und der Entwicklung ihres Landes beschäftigt und wissen sehr wohl zwischen einem leistungsfähigen und einem leerlaufenden oder gar zerstörerischen Regierungsapparat zu unterscheiden. Sie wis-

sen daher auch, daß ein Rechtssystem ein wichtiger Bestandteil dieser Leistungsfähigkeit sein kann. Ihr Problem ist, wie sich ein solches System mit ihrer Kultur und ihren Institutionen (einschließlich der quasi-rechtlichen) vereinbaren läßt, und darauf antworten Sozialwissenschaftler mit ihrer universalen Begriffssprache. Sie sprechen von Staat, Mächten, Amt, Institutionen, öffentlicher Meinung und staatsbürgerlicher Erziehung, von Phänomenen also, von deren Eigengesetzlichkeit uns Almonds universaler Begriffsapparat befreien sollte. Wir sind also wieder bei der Eigenart westlicher Gesellschaften angelangt und befinden uns hier in guter Gesellschaft. Denn Almond und Verba haben in ihrem Band *The Civic Culture* (1963) die nationalen Unterschiede dieser Eigenart in einer Anzahl westlicher Gesellschaften empirisch untersucht. Und in diesem Zusammenhang haben sie sehr wohl anerkannt, daß solche Unterschiede, wie z. B. zwischen England und Deutschland, historisch begründete Unterschiede sind, die sich bis heute in bedeutsamer Weise auswirken. Damit nicht genug: die Serie der Bände, die mit dem zitierten universalbegrifflichen Programm 1960 begann, ist inzwischen in ihrem 15. Band bei dem Thema der historischen Entwicklung der Nationalstaaten angelangt, und dort steht von dem Programm einer universalen Begriffssprache in der Politikwissenschaft nicht mehr viel zu lesen.¹¹ Der Grund dafür ist leicht einzusehen, denn alle Sozialwissenschaftler, die an vergleichenden Studien interessiert sind, befinden sich in der gleichen Zwickmühle. Wir kommen – wie übrigens alle Historiker auch – bei der Erfassung geschichtlichen Materials ohne Begriffe nicht aus. Aber die angemessene Reichweite dieser Begriffe bleibt ein ewiges Thema: ist der Begriffsumfang zu weit, so verlieren die Begriffe ihre Aussagekraft, ist er zu eng, so überschreitet er nicht den Einzelfall. Ich meine, daß wir eine typologische Gruppierung von Gesellschaften und damit auch eine Charakterisierung der Besonderheit der europäischen oder auch der ostasiatischen oder lateinamerikanischen Entwicklung brauchen, so schwierig die Durchführung einer solchen typologischen Begriffsbildung auch sein mag. Ich komme auf dieses Thema in meinem dritten und vierten Vortrag zurück.